Nr. 11 (Altst.) u. 582 (Neust.)

Inserate werden Marienstr. 13 bis Nachm. 3 Uhr angenommen. Sonntags bis Mittags 12 Uhr. In Neustadt: Große Meißnergasse 5 nur an Wochentagen bis Nachm. 3 Uhr. — Die einspaltige Petitzeile (ca. 8 Silben) kostet 15 Pfg. Unter Eingesandt die Zeile 30 Pfg. Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.

Auswärtige Insertions-Aufträge werden nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Postanweisung angenommen. — Acht Silben kosten 15 Pfg. Inserate für die Montags-Nummer oder nach einem Festtage die Petitzeile 20 Pfg.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik,
Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

Vor glänzend besuchtem Hause ging gestern Abend im Kgl. Hoftheater nach langer Verzögerungs-Pause „Lohengrin" in Szene. Es war eine Muster-Vorstellung, welche in jeder Weise die besten Kräfte vereinigte, Wagner's köstliches Werk zur ergreifendsten Wirkung zu bringen. Die Damen Malten und Nanitz, die Herren Schelper aus Leipzig, Gudehus und Fischer erfüllten ihre Aufgabe in vollendetster Künstlerschaft. Fräul. Malten und Hr. Gudehus wurden durch Blumenspenden und Hervorrufe am Meisten geehrt.

5 Marienstr. 5 und Porticus. **G. D. Blass,** 5 Marienstr. 5 und Porticus.
Wäsche-Ausstattungs-Geschäft,
empfiehlt sein grosses Lager von
Tischzeugen, Thee-Hedecken, Handtüchern etc.,
sowie sämmtliche Stoffe zur Selbstanfertigung.

Erste und grösste
Masken- u. Theatergarderobe,
Dominos in vorzüglicher Auswahl für Herren u. Damen
E. Preuss-r's Nachf., **Max Jacobi,**
2 Galeriestrasse 2, part. und I. Etage.
Aufträge nach auswärts werden prompt effectuirt.

Die Tapisserie-Manufactur
Hartmann & Saam,
Schloss-Strasse Nr. 17, gegenüber dem Königl. Schlosse,
bittet um Beachtung ihrer
Preise im Schaufenster.

Prof. Dr. Jäger's Normal-Schlafsäcke, sowie sämmtliche **Normalartikel** empfiehlt **Jean Schieme Nachf.,**
Neust. Rathhaus.

Nr. 16. 29. Jahrgang. Auflage: 40,000 Expl.

Aussichten für den 16. Januar: Mäßig, Nordwestwind, veränderliche Bewölkung, etwas Niederschlag, Temperatur etwas kälter.

Dresden, 1884. **Mittwoch, 16. Januar.**

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden

Ein großes Wesen ist nicht davon zu machen, daß der Reichskanzler die Entwürfe umfassender, tiefgreifender, vielumgestaltender Gesetzgebungen der vollsten Oeffentlichkeit übergeben hat. Man sollte meinen, Das verstünde sich von selbst. Ein solches Verfahren liegt im allseitigen Interesse. Nicht sein geringster Vortheil besteht darin, daß der Reichstag, sobald er im Frühjahr sich mit diesen Stoffen (Aktiengesetz, Unfallversicherung) zu befassen haben wird, wohlvorbereitet an seine Arbeit herantritt. Wahrscheinlich schafft die Durchsprechung der Grundzüge dieser Stoffe einen Boden der Verständigung, so daß die eigentliche gesetzgeberische Arbeit sich um so leichter und erfolgreicher abwickeln kann. Immerhin aber verdient diese Art des Vorgehens, die wohlthätig gegen die früher übliche bureaukratische Geheimnißthuerei absticht, ein kleines Wort der Anerkennung. Jedoch mit einem Vorbehalte! Es ist nicht ganz aufgeklärt, ob die Grundzüge der Unfallversicherung der Fabrikarbeiter, bevor sie Fürst Bismarck der öffentlichen Beurtheilung unterstellte, auch dem Bundesrathe vorgelegt worden sind. Das Ueberspringen dieses Zwischenstadiums würde uns als bedenklicher Vorgang erscheinen. Der Bundesrath hat sich so rückhaltlos und freudig auf den Boden der kaiserlichen Botschaft gestellt und den sozialen Reformplänen des Reichskanzlers so kräftige Förderung angedeihen lassen, daß die Annahme ausgeschlossen ist, als würfe er denselben aus bureaukratischen, partikularistischen oder anderen Gründen Schwierigkeiten zwischen die Beine. Umsomehr hätte der Bundesrath Anspruch auf vorherige Einholung seines Beirathes zu Gesetzgebungsarbeiten, deren praktische Einführung ja die Hauptarbeitslast auf die Einzelstaaten ablade. Die Erfahrungen, welche die Regierungen der Bundesstaaten über solche Gesetzgebungen besitzen, repräsentiren keine unbedeutende Summe von Staatsklugheit; sie zum Besten des gemeinsam gewollten Guten zu verwerthen, erscheint selbst als Staatsklugheit und Fürst Bismarck hat wiederholt früher sich anerkennend über die Leistungen der Einzelstaatsregierungen ausgesprochen. Warum also sich nicht vorher ihrer Zustimmung zu dem Großen und Ganzen des Unfallversicherungsgedankens versichern? Argwöhnische Gemüther könnten in solcher Ignorirung ein stillschweigendes Uebergehen eines verfassungsmäßigen Faktors wittern, um schließlich den Bundesrath unter dem Drucke der öffentlichen Meinung zur Stimmenabgabe in einem gewünschten Sinne zu bewegen.

Es steht zu hoffen, daß nachträglich noch aus authentischer Quelle eine Beruhigung darüber erfolgt, daß man sich vor der Veröffentlichung des Skeletts des künftigen Unfallversicherungsgesetzes der Zustimmung der Bundesregierungen vergewissert hat. Dies ist umsomehr zu erwarten, als es nunmehr kaum noch einem Zweifel unterliegt, daß Fürst Bismarck das Gutachten des preußischen Volkswirthschaftsrathes über die gleiche Materie einzuholen entschlossen ist. So viel wiegt denn doch das Urtheil des Bundesrathes allemal, als das jener fragwürdigen Schöpfung. Für die Aufrechterhaltung des preußischen Volkswirthschaftsrathes hatte eigentlich Niemand mehr Interesse, selbst nicht der Erzeuger dieses Kindes, Fürst Bismarck, seitdem der Wildfang dem Vater den Possen that und das Tabaksmonopol ablehnte. Zuletzt hat noch das Berliner Abgeordnetenhaus dieses Geschöpf ganz zu beseitigen geglaubt, indem es die Diäten für seine Mitglieder strich. Das Abgeordnetenhaus wollte überhaupt den Volkswirthschaftsrath nicht. Um so verwunderter ist alle Welt, daß diese Leiche jetzt wieder aus dem Grabe an das Tageslicht gerufen wird. Niemand tadelt es, wenn eine Regierung Sachverständige einberuft, um ein sachmännisches Urtheil über ein großes Gesetzgebungswerk einzuholen. Dazu genügt eine ad hoc zu berufende Enquête. Eine Allgemeinbefragung jener Volkswirthschafts-Mumie, um sie als organische Staatseinrichtung gegen irgend einen anderen Faktor der Gesetzgebung (sei es Bundesrath, sei es Reichstag oder preußischer Landtag) ausspielen zu können, wäre eine absichtliche Herausforderung dieser Verfassungsorgane. Man dient dem edlen Zwecke der sozialen Reformen merkwürdig, wenn man ihnen durch Vernachlässigung der verfassungsmäßig berufenen Organe Widersacher erweckt.

Einen seltsameren Diplomaten, als diesen Chinesen Marquis de Tieng hat die Welt lange nicht gesehen. Kurios wie schon sein Marquistitel vor einem echtchinesischen Namen ist auch das Verhalten dieses langbezopften Sohnes des himmlischen Reichs. Zu den vielen Absonderlichkeiten in seinem Auftreten ist neuerdings ein Schritt getreten, der den Marquis eine komische Rolle spielen läßt, so daß ihn Niemand mehr für ernst nimmt. Der himmlische Diplomat hat sich nämlich an den Redakteur einer an sich wohlaccreditirten deutschen Zeitschrift, „Deutsche Revue", Herrn Dr. Fleischer, gewendet, um durch dieses Sprachrohr dem Unterstaatssekretär in Berlin, Graf Hatzfeld, eine Verwarnung zu ertheilen. In einer von hohem Selbstbewußtsein zeugenden Sprache führt der betr. Zeitungsartikel aus, daß die Einnahme von Sontay durch die Franzosen die Kriegspartei in Peking gestärkt habe. Voll bitteren Spottes über die Franzosen ist die Bemerkung, daß bei jener Eroberung Sontays die Tapferkeit der französischen Truppen so gerühmt worden sei, als hätten sie Metz oder Straßburg wiedererobert, daß aber trotz des Falles von Sontay China noch weit von dem Wege nach Sedan entfernt sei. Die Drohung für die Mächte liegt in dem Schlußpassus des Briefes: „Obwohl ein Wort von England oder ein Wink von Deutschland Frankreich aufgehalten haben würde, unnützer Weise Beunruhigung hervorzurufen und Argwohn zu erwecken, wovon man die Folgen noch jahrelang in Peking verspüren wird, hat keine jener Mächte auch nur einen Finger rühren wollen. Vielleicht werden sie den von ihnen begangenen Fehler erkennen und empfinden, wenn der „Likin" oder die inländische Steuer auf ausländische Waaren, anstatt, wie beabsichtigt wurde, aufgehoben, verdoppelt werden wird, um die Kriegskosten zu decken, welche durch die ruhelose Begierde Frankreichs nach einem Kolonialreiche verursacht worden sind."

Abgesehen davon, daß der Marquis schon wiederholt den Krieg zwischen Frankreich und China als unvermeidlich dargestellt hat, ohne daß sich seine düstere Wahrsagung verwirklichte, so lacht jeder Eingeweihte über die Drohung von der Verdoppelung der Zölle auf deutsche Waaren, wodurch China sich die Kriegskosten bezahlen lassen würde. Der chinesische Eingangszoll auf fremde Waaren beträgt 2 Prozent; die Waaren selbst aber werden infolge Erpressung der Mandarinen oft um 100, 200, ja sogar 1000 Prozent vertheuert. Erhöht China den Eingangszoll auf 4 Prozent, was macht das für den Handel aus? Das ist ja ganz die alte Geschichte, welche unsere Freihändler nicht zugeben wollen, daß mäßige Zölle und Steuern auf Lebensmittel durchaus keinen nennenswerthen Faktor für die Preisbildung des Artikels abgeben, daß vielmehr solche Erhöhungen in dem Preise verschwinden, den die wechselnde Handelskonjunktur den Waaren verleiht. Vorliegendenfalls aber sieht man immermehr ein, daß Marquis Tieng auf den Gang der Ereignisse nicht den mindesten Einfluß ausübt und daß, wenn Frankreichs Pläne in Ostasien immer weiter greifen, dazu es viel beigetragen hat, daß China durch einen so drolligen Kopf, wie der Marquis ist, sich in Europa vertreten läßt.

Die elende Krämerpolitik Gladstones in Egypten, mit möglichst geringen Kosten den möglichsten Profit einzubeinsen und an Anleihen zu gewinnen, trägt ihre Früchte. Schon ist der Khedive bewogen worden, den Sudan preiszugeben und es fehlt nur noch das Schmachvolle, daß England den gefürchteten Mahdi als Herrscher über dieses Gebiet einsetzt resp. anerkennt, um ihn zum Frieden zu bewegen. Der hilflose Khedive hat in seiner Bedrängniß gegen diesen ehrlosen Handel nichts einzuwenden, obwohl er ungern Khartum verliert. Er sucht daheim zu retten, was möglich ist und wirft sich zum Entsetzen der Engländer wieder den Franzosen in die Arme. Er betraut einige Franzosen mit wichtigen Ministerposten. Das Wieder-Platznehmen der mühsam verdrängten Franzosen in der Verwaltung Egyptens hat die öffentliche Meinung Englands sehr beunruhigt; doch will Nubar Pascha, der neue Minister in Kairo, den Argwohn der Engländer einschläfern, indem er die anderen Minister lediglich als Strohmänner hinstellt. Er meinte zu einem Korrespondenten sarkastisch: „Das Wort „Minister" wird in Egypten von dem lateinischen „minus" abgeleitet, und die egyptischen Minister gleichen dem algebraischen Minuszeichen —, sie sind etwas weniger als Nichts. Sie und ich, wir wissen dies ganz gut."

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 15. Jan.

Berlin. Abgeordnetenhaus. Einer Aufforderung des Präsidenten folgend, erhob sich das Haus zu Ehren des verstorbenen Abgeordneten v. Ludwig von den Plätzen. Dann wurde in die Berathung der Steuervorlagen eingetreten (Reform der Einkommensteuer, Einführung einer Kapitalrentensteuer). Es melden sich 22 Redner gegen, 9 für die Vorlage zum Wort. v. Schorlemer-Alst ist gegen die Vorlage zum Wort gemeldet, spricht sich aber zu Gunsten derselben aus. Die Kapitalrentensteuer ist ihm in den höheren Stufen noch zu niedrig. Falls das Wahlrecht durch die Steuerbefreiung der Einkommen unter 1200 Mark alterirt würde, würde für ihn die Vorlage unannehmbar sein. v. Rauchhaupt (konservativ) konstatirte, daß in der konservativen Fraktion über die Meinungsverschiedenheit über die Befreiungsgrenze (ob die Einkommen wie jetzt nur bis zu 900 Mark oder bis zu 1200 Mark von der Einkommensteuer befreit seien sollen) bestehe. Er befürwortete die Vorlagen, insbesondere die Kapitalrentensteuer, nach deren Einführung ein Einkommen aus Kapitalbesitz immer noch besser daran wäre, als ein solches aus Grund- und Gebäudebesitz. Eugen Richter bekämpft natürlich die Kapitalrentensteuer auf das Entschiedenste. Daß wäre eine Doppel-Besteuerung, die Vorlage sei eine Dilettanten-Arbeit, weil die Finanzgesetze längst nicht mehr im Finanzministerium gemacht würden, sondern anderswo (in Friedrichsruhe). Am zweckmäßigsten wäre es, die Vorlage an die Jagdordnungskommissions zu verweisen. Minister von Scholz erwiederte, daß aus Richter's zweistündiger Rede kein positives Programm zu entnehmen sei, man sollte nicht leichten Herzens vorübergehen, wenn es sich um Verhinderung von 40,000 Steuerexekutionen handele.

Berlin. Der Volkswirthschaftsrath, welcher zur Berathung der Grundzüge für die Unfallversicherung für den 12. ds. Mts. einberufen ist, erhält, wie in dem Einladungsschreiben ausdrücklich gesagt wird, weder Diäten noch Reisekosten, da das Abgeordnetenhaus die hierzu erforderlichen Mittel abgelehnt hat. Das Einladungsschreiben schließt: Wir hegen das Vertrauen, daß die Herren Mitglieder einen Anlaß, sich der Theilnahme an den Sitzungen zu enthalten, hieraus nicht entnehmen werden. — In Merseburg starb der General z. D. Herwarth von Bittenfeld, der jüngere Bruder des Feldmarschalls. — Graf Herbert Bismarck ist gestern nach Petersburg abgereist. — Der in Hamburg verhaftete sächsische Anarchist heißt Rahlsdorf. Er ist ein guter Freund Most's und ist verdächtig, früher ähnliche Verbrechen wie in Frankfurt, so gegen ein Fabrikgebäude in Elberfeld und anderwärts verübt zu haben. Damals konnte ihm eine Schuld nicht mit Sicherheit nachgewiesen werden. Die Entdeckung erfolgte auf Grund einer von dem Berliner Polizei-Präsidium gelieferten Photographie. — Bei der Landtagswahl im Wahlkreise Münsterberg (Schlesien) wurde Freiherr von Hüne (Centrum) mit großer Mehrheit gewählt.

Frankfurt a. M. Ueber die Person, welche wegen des Verdachts, das Dynamit-Attentat im hiesigen Polizeigebäude verübt zu haben, in Hamburg verhaftet ist, meldet das „Frankfurter Journal", daß der Verhaftete aus Sachsen gebürtig, als Anarchist bekannt sei und sich zur Verübung des Verbrechens eigens hierher begeben habe. Derselbe soll Genossen haben, die noch gesucht würden, läugnet aber bis jetzt die That.

Straßburg. Der frühere Direktor der Tabaksmanufaktur Roller wurde vom Landgericht mit einer Klage gegen den Fiskus auf Zahlung seines vollen Gehaltes während seiner Dispositionsstellung unter Verurtheilung in die Kosten abgewiesen.

Paris. Nach einem Telegramm Tricous aus Hué vom 5. Januar empfing der junge König Tricou und drückte ihm seine vollständige Ergebenheit für Frankreich aus. Er versprach den Vertrag zu respektiren und sprach gleichzeitig seine Hoffnungen auf Milderung der Bedingungen aus. Die Regentschaft ist in den Händen des ehemaligen Finanzministers, des Urhebers der letzten Revolution.

Madrid. In der Sitzung der Deputirtenkammer erklärte der Ministerpräsident de Posada Herrera, Spanien wolle Freundschaft mit allen Mächten, aber mit keiner Macht ein intimes Freundschaftsverhältniß. Der Deputirte Castelar erörterte Spaniens innere Politik und wies darauf hin, daß Spanien einen wesentlich demokratischen Charakter habe. Wenn die Monarchie diesem demokratischen Charakter keine Rechnung trage, werde die Republik bald unvermeidlich sein.

Berliner Börse. Ungünstige aber gänzlich unbestätigte Gerüchte über die auswärtigen Beziehungen der deutschen Bank führten in der gestrigen Nachbörse eine Abschwächung herbei. Heute eröffnete die Börse wieder etwas fester. Die Erfindungen bezüglich der deutschen Bank fanden weniger Gläubige. Der Schluß brachte auf mattes Paris wieder Abschwächung. Die Nachbörse war Anfangs schwankend und schließlich matt. Spekulative Banken mit Ausnahme der deutschen Bank eröffneten höher, konnten aber den Anfangscours nicht behaupten. Deutsche Bank schlossen offiziell 1½ Prozent niedriger und besserten sich in der Nachbörse um ein Prozent. Deutsche Bahnen waren vorwiegend matter, Ostpreußen wichen unter starkem Angebot um 2 Prozent. Stamm-Prioritäten waren zu höheren Coursen belebt, namentlich auch Berlin-Dresdner, österreichische Bahnen ziemlich behauptet, Gotthard 2 Prozent niedriger, österreichische Prioritäten wenig verändert. Von Kassabanken büßten Chemnitzer Bankverein 2½ Prozent ein. Bergwerke waren ruhig aber höher, Laurahütte und Dortmunder gewannen je 1 Prozent. Kalkwerke waren belebt, Brauereien nachgebend. Deutsche Anlagewerthe fest, ebenso fremde Renten, von denen ungarische Goldrente etwas höher war.

Frankfurt a. M., 15. Januar. Credit 203½, Staatsbahn 205½, Lombarden 120½, Ost. Lose —, Galizier —, Oesterr. Silberrente —, Papierrente —, Ung. Goldrente —, 4% Ung. Goldrente —, 1860er Loose —, 1864er Loose —, 2. Orientanleihe —, Neueste Ungar. Goldanleihe —, 3. Orientanleihe —, Ungar. Papierrente —, Böhmis —, Elbthal 91½, Gotthardbahn —, Marknoten —.

Wien, 15. Januar. Credit 290,50, Staatsbahn 311,50, Lombarden 115,50, Silberrente —, Napoleonsd'or 9,87, Marknoten 58,85½, Ung. Goldrente 100,50, Ung. Papierrente —.

Paris, 15. Januar. (Schluß.) Rente 79,50, Italienische Rente 90,12, Italiener 91,00, Staatsbahn 665,00, Lombarden 310,00, do. Prioritäten 296, Egypter 395, Oesterr. Goldrente 84½. Ruhig.

Lokales und Sächsisches.

— Die erste Kammer bewilligte in ihrer gestrigen Sitzung eine Anzahl Positionen des außerordentlichen Etats für Eisenbahnbauten, die sämmtlich von der zweiten Kammer bereits genehmigt worden sind. Das Referat hatte Oberbürgermeister Dr. Stübel. Bei dem zur Vergrößerung des Bahnhofs Aue geforderten Posten von 122,000 M. richtet Oberhofprediger Dr. Rohlschütter an die Regierung die Frage, ob sie Kenntniß davon habe, daß in Aue Sonntags während des Gottesdienstes in unmittelbarer Nähe der Kirche Züge rangirt würden und ob dafür nicht Abhilfe zu schaffen sei. Finanzminister v. Könneritz erwidert, daß das möglichste gethan werden solle, daß jedoch eine gänzliche Hebung des angeregten Uebelstandes wohl kaum möglich sein werde. Anläßlich der Position von 2,250,000 M. für die Fortsetzung der Linie Freiberg-Bienenmühle nach der Landesgrenze äußert noch Abg. Seiler sein Bedenken gegen die mehrfache Bahnverbindung Sachsens mit Böhmen im Interesse des einheimischen Kohlenbaues, doch ist auch er dem Bau der Linie nicht entgegen.

— So glatt, wie es Anfangs den Anschein hatte — die ersten 4 Punkte der Tagesordnung wurden in weniger als einer Viertelstunde erledigt — sollte die gestrige Sitzung der 2. Kammer denn doch nicht verlaufen, besonders gaben verschiedene Positionen für Zuschüsse des Departements des Innern Anlaß zu kleineren Debatten. Das Dekret betreffs Ankauf eines Grundstückes für die Amtshauptmannschaft Annaberg beantragt Abg. Knechtel der Finanzdeputation zu überweisen. Er richtet die Frage an die Regierung, in welcher Weise sie das Grundstück zu verwerthen gedenke? Kommissar Geh. Rath v. Götz erklärt, daß die Regierung noch keinen diesbezüglichen Beschluß gefaßt habe. Nachdem noch die Abgeordneten Mehnert und Köselitz den Ankauf befürwortet, beschließt die Kammer gemäß dem Antrage des Abg. Knechtel. Hierauf wird das Postulat von 87,100 Mark zur Herstellung der Planie zu dem projektirten Kohlenbahnhofe in Crimmitschau (Ref. Döblinger) bewilligt und die Petition der Stadtgemeinde Crimmitschau um Herstellung eines Abfuhrweges vom neuen Kohlenbahnhofe nach der Glauchauerstraße ohne Debatte der Regierung zur Kenntnißnahme empfohlen. Die Position von 145,700 M. zur Herstellung eines dritten Gleises auf der Strecke Brunn-Neumark (derselbe Ref.) wird ebenfalls genehmigt. Hierauf empfiehlt Ref. Döhlinger, die Petition der Gemeinde Neumark um Herstellung einer Fußweg-Unterführung nach der Station Neumark der Regierung zur Kenntnißnahme zu überweisen, während Abg. Speck beantragt, dieselbe zur Erwägung zu übergeben, was auch Abg. Georgi für eine nothwendige Konsequenz des schriftlichen Ber.-Berichtes hält. Finanzminister v. Könneritz meint jedoch, diesem Antrag entgegentreten zu müssen, die interessirten Gemeinden sollten ihrerseits zum mindesten einen Theil der Kosten bestreiten. Ueberhaupt schiene es ihm, als ob die Stimmung für Ersparniß, die im vorigen Landtag obgewaltet, bereits sehr im Schwinden begriffen sei. In der diesjährigen Session habe er wenigstens noch keine Stimme gehört, die den Wunsch auf Ersparniß geäußert. Nachdem noch Abg. v. Kirchbach den Antrag Speck befürwortet, wird derselbe mit großer Majorität abgelehnt, dagegen der Ber.-Antrag einstimmig angenommen. Bei der Berathung über Bewilligung von Zuschüssen des Ministeriums des Innern, für Anstalten, welche allgemeinen Landeszwecken dienen, entspinnt sich bei der Position von 4500 M. für die obererzgebirgischen und vogtländischen Frauenvereine eine kleinere Debatte. Abg. v. Kirchbach glaubt, daß die Unterstützungssumme gegenwärtig nicht mehr genügt und beantragt deshalb, die Regierung zu ersuchen, daß sie die Zulänglichkeit der Summe in Erwägung ziehe und eventuell in den nächsten Etat einen größeren Zuschuß einstelle. Die Abgg. Starke und Opitz befürworten den Antrag, während die Abgg. Walter und Uhlemann denselben bekämpfen und besonders auf die Konsequenzen eines derartigen Beschlusses hinweisen. Es schien, wie Abg. v. Ochlschlägel richtig bemerkte, ein diplomatisches Manöver sein zu sollen, den Antrag v. Kirchbachs nach den laut gewordenen Bedenken vollends zu Fall zu bringen, daß Abg. Philipp beantragte, die Unterstützung auch auf Frauenvereine anderer Ländertheile auszudehnen, eine Annahme, welche die Abstimmung der Kammer auch zu bestätigen schien, indem wohl das Amendement angenommen, der Antrag v. Kirchbach jedoch mit 37 gegen 31 Stimmen abgelehnt wurde, wodurch natürlich auch das Amendement zu Fall kam. Bei der Forderung von 450,000 M. für das Landarmenwesen ersucht Abg. Müller-Colditz die Regierung, doch künftighin Anordnungen zu treffen, daß in Fällen, wo die Landarmenangehörigkeit eines Individuums klar auf der Hand liege, den Behörden von Seiten der Kreishauptmannschaften, wie es leider öfter der Fall gewesen sei, keine unnöthigen Scherereien und Weitläufigkeiten bereitet würden. Staatsminister von Nostitz-Wallwitz: Klagen wegen derartigen „Scherereien" seien dem Ministerium zu unterbreiten. Er möchte jedoch zu bedenken geben, daß es die Aufgabe der betreffenden Behörde wäre, mit den Mitteln des Staates möglichst sparsam umzugehen. Sekretär Ahnert stimmt den Ausführungen des Abg. Müller-Colditz bei, die Umständlichkeiten seien in der That so groß, daß man sich kleinerer Ansprüche wegen gar nicht mehr an die für das Landarmenwesen zuständigen Kreishauptmannschaften wende. Geh. Regierungsrath v. Ehrenstein führt sodann in längerer Rede aus, daß sich die Kreishauptmannschaften genau an die betreffenden Vorschriften zu halten hätten. Abg. Müller-Colditz nimmt den Ausdruck „Scherereien" zurück, bleibt aber im Uebrigen bei seinen Behauptungen, während Abg. Dr. Stranmer die Gründung von Arbeiter-Colonien befürwortet. Bei der Position von 372 Mark